

Jürgen Kocka

## **Wissenschaften und Wiedervereinigung: Gedanken nach 20 Jahren**

Herr Präsident Herrmann,  
lieber Herr Kollege Klinkmann,  
Kolleginnen und Kollegen!

Als Sie, Herr Herrmann, vorschlugen, dass BBAW-Präsident Stock auf dem heutigen Sonderplenum Ihrer Sozietät zu Ehren von Horst Klinkmann ein Grußwort sprechen oder einen Kurzvortrag halten sollte, und als sich herausstellte, dass Herr Stock verhindert sein würde und er mich bat, ihn hier zu vertreten, zog ich aus drei Gründen vor, einen kurzen Vortrag zum Thema „Wissenschaften und Wiedervereinigung: Gedanken nach 20 Jahren“ anzubieten, was Sie akzeptierten.

Einerseits kenne ich Sie, lieber Herr Klinkmann, vor allem als letzten Präsidenten der AdW und aus Debatten über die Umgestaltung des Wissenschaftssystems seit 1989, nicht so sehr als Mediziner und Gesundheitspolitiker.

Zum andern glaube ich, dass die Umgestaltung des Wissenschaftssystems in Berlin und der DDR historisch noch nicht hinreichend aufgearbeitet worden ist und insbesondere nur selten Gegenstand offener Diskussionen über die Ost-West-Grenze hinweg wird – einer Grenze, die, wenngleich mittlerweile nicht mehr scharf, sondern durchlässig, in Restbeständen weiter existiert.

Schließlich hatten wir in der BBAW im November 2009 ein öffentliches Symposium zum Thema „Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen“. Nur wenige aus Ihrem Kreis waren dabei. Ich nahm mir vor, über einige Resultate dieses Symposiums hier zu berichten, und dies werde ich jetzt tun.<sup>1</sup> Nehmen Sie die Überlegungen, lieber Herr Klinkmann, zu-

---

1 Vgl. genauer J. Kocka u. a. (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen. Dokumentation des Symposiums im Rahmen des Wissenschaftsjahres „Forschungsexpedition Deutschland“*, Berlin 2010

gleich als Gruß und Ausdruck der Hochschätzung für Sie, aus Anlass Ihres 75. Geburtstags, zu dem ich gratuliere.

Am Symposium nahmen Wissenschaftler und Wissenschaftspolitiker teil, von denen viele 1990 und in den folgenden Jahren aktiv involviert waren, so der ehemalige Senator Manfred Erhardt, der Direktor des Max-Delbrück-Zentrums in Berlin-Buch, Detlev Ganten und Renate Mayntz, die Soziologin auf der einen Seite, Peer Pasternack, Thomas Kuczynski und Wolfgang Thierse auf der anderen Seite, um nur einige Beispiele zu nennen. Mitchell Ash, der Wissenschaftshistoriker aus Wien, hielt einen grundsätzlichen Vortrag.

Thematisch ging es zum einen um die Grundentscheidungen von 1989/90. Sie liefen bekanntlich nicht auf die Föderation oder Union zweier weiter bestehender Wissenschaftssysteme hinaus, sondern auf die Herstellung einer integrierten Wissenschaftslandschaft. Sie liefen nicht auf die Überprüfung beider Wissenschaftssysteme mit dem Ziel der Bildung eines neuen hinaus, das die Stärken beider verbindet und die Schwächen beider vermeiden würde. Vielmehr entschied man sich dafür, das westdeutsche System im wesentlichen – nicht zur Gänze – als Richtschnur und Grundlage für das zu bildende gesamtdeutsche System zu akzeptieren und das ostdeutsche so zu verändern, dass es hineinpassen würde. Diese durch und durch asymmetrische Entscheidung war der Kern. Gefragt wurde: Hätte es dazu Alternativen gegeben? Wären sie vorzuziehen gewesen? Hat man – mit dieser Grundentscheidung – Chancen verpasst, die in jener historischen Situation bestanden? Hat man – mit dieser Grundentscheidung – Gefahren vermieden, die sonst aufgetreten wären?

Zum ändern ging es um die Verfahren und einzelnen Schritte der Implementierung 1990-92, also die Auflösung des Wissenschaftssystems der DDR, den Aufbau eines am westdeutschen Beispiel orientierten neuen Wissenschaftssystems in den neuen Ländern und um den Übergang von dem einen zum andern. Hier sollte die Praxis der Evaluation bedacht werden, aber auch die Arbeit der Struktur- und Berufungskommissionen an den Hochschulen. Wir wollten in Rechnung stellen und ernst nehmen, dass die Umstrukturierung der außeruniversitären Forschung und damit der AdW, der Bauakademie und der Landwirtschafts-Akademie mit ihren Instituten anders verlief als die Umstrukturierung der Hochschulen. Die Institute der außeruniversitären Forschung wurden unter der Ägide des Wissenschaftsrats und der von ihm getragenen Evaluationen beurteilt, abgewickelt oder umstrukturiert. Die Neustrukturierung der Hochschulen und die damit verbundenen personalpolitischen Entscheidungen fanden dagegen in der Verantwortung der einzelnen

neu eingesetzten Länderregierungen statt. Beides war kaum aufeinander abgestimmt. Der Föderalismus hatte sich rasch gesamtdeutsch etabliert. Im Rückblick auf diese Verfahren ist vieles weiterhin sehr kontrovers. Die Diskussion verläuft oft im Modus von Kritik, Selbstkritik und Verteidigung. Im Symposium wurde versucht, darüber hinaus zu kommen.

Schließlich sollte nach den Ergebnissen gefragt werden. Manches ist zweifellos eklatant gescheitert, so das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP). Manches ist sehr gut gelungen, so der Aufbau vieler neuer Institute, einschließlich der Geisteswissenschaftlichen Zentren, von denen die meisten auch heute noch bestehen und gut funktionieren. Gefragt werden sollte nach der Mischung von Erfolgen und Misserfolgen. Nach Ergebnissen sollte aber auch im Hinblick auf die Gegenwart gefragt werden. Hat die wissenschaftliche Wiedervereinigung die Leistungskraft des gesamtdeutschen Wissenschaftssystems gestärkt oder geschwächt? Wie verhalten sich die – realisierten oder verpassten – Reformen damals zum Reformbedarf heute?

In bezug auf diese drei Themenbündel – Grundentscheidungen, Implementierung und Ergebnisse/Folgen – sollte zwischen inhaltlich-kognitiven, institutionellen und personellen Dimensionen unterschieden werden.

Die inhaltlich-kognitiven Dimensionen der wissenschaftlichen Wiedervereinigung sind bisher nur wenig diskutiert worden. Welche wissenschaftlichen Inhalte, Methoden, Theorien gingen verloren, was entstand vielleicht neu, was bedeutete dies unter Gesichtspunkten wissenschaftlicher Qualität?

Was die institutionelle Dimension betrifft, sind die Fragen, ist die Kritik niemals verstummt. Hätte man nicht doch das eine oder andere aus der DDR bewahren und ins gesamtdeutsche System übernehmen sollen, etwa die stärkere Betonung der Lehre, die Studienzeitebegrenzungen, das Fernstudienangebot? Hätte man die institutionelle Umstrukturierung nicht doch anders handhaben können? Es sei daran erinnert, dass die beiden Berliner Kunstakademien einen zeitlich gestreckten und verträglicheren Weg der gegenseitigen Anerkennung und Verbindung wählten, als er im Fall der Wissenschaftsakademien gefunden wurde. Weist dies nicht doch auf Handlungsspielräume hin, die im Prinzip auch anders hätten genutzt werden können?

Aber auch *personell* fand ein tiefgreifender Umbruch statt, und auf ihn vor allem konzentriert sich die rückschauende Kritik. Hier wird weiterhin kontrovers, zum Teil bitter geurteilt, kritisiert und verteidigt. Denn hier geht es auch um abgebrochene Karrieren, um den damaligen Kampf um Stellen, um Abstieg und Aufstieg, um Verluste und Gewinne, um Abbrüche und Neuorientierungen in den Lebensläufen. Ich erinnere an einige Zahlen: Der

Personalbestand im Osten schrumpfte: An den ostdeutschen Hochschulen sank er 1989-95 um ein Viertel bis ein Drittel, dies mehr auf der Ebene der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und des nicht-wissenschaftlichen Personals als auf der Ebene der Professoren. Im Bereich der außeruniversitären Forschung empfahl der Wissenschaftsrat eine Reduktion um etwa 40 Prozent. Im Bereich der Industrieforschung blieb nicht mehr als ein Viertel der Stellen erhalten. Insgesamt kann man von einer Halbierung des wissenschaftlichen Personals ausgehen. Häufig fand ein die Einzelnen sehr betreffender Übergang von entfristeten zu befristeten Stellen statt. Und es kam zur Ersetzung von Ostdeutschen durch Westdeutsche, besonders in den Leitungspositionen. Eine Studie schreibt, dass 1995 der Anteil westdeutscher Professoren und Professorinnen an ostdeutschen Hochschulen bei 43 Prozent lag, während 55 Prozent der Professoren und Professorinnen aus den neuen Bundesländern und nur zwei Prozent aus dem Ausland stammten. Die Unterschiede zwischen den Fächergruppen waren ausgeprägt. Knapp zwei Drittel der Professoren/innen in den Sprach- und Kulturwissenschaften sowie in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften kamen aus dem Westen, dagegen nur ein gutes Viertel im Bereich der Ingenieur-, Medizin- und Naturwissenschaften. Noch nie in der deutschen ja der europäischen Geistesgeschichte, schreibt Hansgünther Meyer in einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), sind in so kurzer Zeit eine solche Menge von Wissenschaftlern von den Hochschulen verwiesen worden, auch nicht 1945 und in den folgenden Jahren, nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur.

Die Diskussionen verliefen sachlich und oft kontrovers. Aus meiner Sicht möchte ich sechs Ergebnisse referieren:

1. Auf dem Symposium wurde wenig über die kognitiv-inhaltliche Dimension der wissenschaftlichen Wiedervereinigung diskutiert. Dies müsste auf der Ebene der einzelnen Fächer und Fächergruppen geschehen. Dagegen wurden die institutionellen Veränderungen ausführlich diskutiert, wenn auch weder flächendeckend noch erschöpfend behandelt. Was institutionell ab 1989/90 geschah, wurde als „Prozess“ erkennbar: als Transformation, die sich aus vielen, oft nicht koordinierten Anstößen, Entscheidungen und Eingriffen „ergab“, ohne dass das tatsächliche Ergebnis mit den Intentionen irgendeines der beteiligten (persönlichen oder institutionellen) Akteure identisch gewesen wäre. Die Kontroversen des Symposiums entzündeten sich vor allem an der Beurteilung des personellen Umbruchs. Zwar wurde seine Notwendigkeit im Kern von niemandem angezweifelt, doch wurden unterschiedliche und gegensätzliche Meinun-

gen vertreten, was seine Tiefe, seinen Umfang und seine Durchführung im Einzelnen angeht. Es ist klar, dass es immer auch um Prinzipien der Gerechtigkeit ging, die häufig verletzt wurden.

2. Die tiefen Unterschiede der beiden deutschen Wissenschaftssysteme bis 1989 wurden klar herausgearbeitet: ihre ungleiche Qualität, das sehr unterschiedliche Verhältnis von Wissenschaft und Politik und damit die sehr unterschiedliche Durchdringung der Wissenschaften durch die Politik, die sich sehr voneinander unterscheidende Fähigkeit beider Systeme zur Weiterentwicklung und Reform aus eigenen Kräften. Dies ist ein wichtiger Grundsachverhalt, mit dessen kognitiven, institutionellen und personellen Folgen die Entscheidenden und Handelnden von 1989/90 umzugehen hatten.
3. Trotz unterschiedlicher Positionen, die in der Diskussion hervortraten: Insgesamt bestand weitgehend Konsens darüber, dass ein „dritter Weg“ zwischen dem bundesrepublikanischen und dem DDR-System nicht möglich war, keine Realisierungschancen besaß und auch als damalige Perspektive in der Rückschau nicht wirklich erkennbar ist. Auch zeichnete sich in der Diskussion ab, dass die Eigenreformen, die in den letzten Monaten von 1989 und den ersten Monaten von 1990 in den wissenschaftlichen Institutionen der DDR initiiert wurden, ebenfalls nicht auf eine alternative Grundstruktur – tragfähig sowie von Bundesrepublik und DDR klar unterschieden – hinausliefen (obwohl diese Initiativen weiterer Erforschung bedürfen). Insgesamt erscheint im Rückblick, wenn man sich die asymmetrische Grundstruktur der politisch-gesellschaftlichen Vereinigung und ihre finanziellen Bedingungen vergegenwärtigt, der damalige Verlauf als sehr wahrscheinlich, in vielem geradezu notwendig – jedenfalls in den Grundzügen, bei vielen Handlungsspielräumen in bezug auf einzelne Institutionen, Regelungen, Personalentscheidungen und Weichenstellungen
4. Es herrschte in der Diskussion die Auffassung vor, dass die wissenschaftliche Wiedervereinigung insgesamt eine Erfolgsgeschichte darstellt. Dies wurde vielfach belegt und illustriert, beispielsweise in bezug auf die Entwicklung zahlreicher erfolgreicher neuer Institutionen – einschließlich der aus eigener Kraft arbeitenden Leibniz-Sozietät – und die entschiedene Verbesserung der Qualität der Hochschulen im Osten. Allerdings mit drei Einschränkungen. Erstens: Des Öfteren wurde die asymmetrische Gestalt des Prozesses hervorgehoben: Insgesamt waren Westdeutsche die Träger der großen Entscheidungen und die Akteure der Umstrukturierung in ih-

ren Grundzügen, die (meisten) Ostdeutschen waren nicht Subjekte, sondern Objekte der Veränderungen, spätestens seit den Märzwahlen 1990, die den asymmetrischen Prozess der Wiedervereinigung akzeptiert hatten. Zweitens: Es gab scheiternde Initiativen (z. B. weitgehend das WIP) und Verlierer der Wiedervereinigung. Auch ging bisweilen unter, was – beispielsweise in der Lehre und in bezug auf primär lehrende Hochschulangehörige – bewahrt zu werden verdient hätte. Bis heute bestehen Leistungskraftunterschiede zwischen Ost und West, die auf dem Symposium von Peer Pasternack herausgearbeitet wurden. Drittens und vor allem: Erfolgreich ist im Lauf der zwei Jahrzehnte vor allem die nachholende Anhebung der ostdeutschen Wirklichkeit auf westdeutsches Niveau gewesen. Dies war nicht wenig, obwohl diesbezüglich weiterhin typische Qualitäts- und Erfolgsunterschiede bestehen, was sich z. B. an der ausgeprägten west-östlichen Differenz beim Abschneiden im Exzellenz-Wettbewerb der Hochschulen zeigt. Keinen Erfolg aber hatte die von Minderheiten – u. a. von Ihnen, Herr Klinkmann, aber auch von Mitgliedern des Wissenschaftsrats – gewünschte gleichzeitige Reform des westdeutschen – und damit des gesamtdeutschen – Systems, dessen damalige und heutige Defizite in der Diskussion ebenfalls angesprochen wurden. Wäre es nicht doch möglich gewesen, die Wiedervereinigung im genannten Sinn – als nachholende Annäherung der Verhältnisse im Osten an die Verhältnisse im Westen – erfolgreich durchzuführen und sie gleichzeitig dazu zu benutzen, eine grundsätzliche Reform des westdeutschen und damit des Gesamtsystems zum Besseren zu erreichen oder dies doch in Gang zu setzen? Hätte man nicht beide Systeme in West und Ost evaluieren und reformieren sollen? Die meisten auf dem Symposium verneinten, dass diese Möglichkeit unter den gegebenen Handlungsbedingungen bestand, es wäre eine Überforderung gewesen – unbeschadet einzelner Reformchancen, die wahrgenommen hätten werden können und nicht wahrgenommen wurden.

5. Das ungleiche Gewicht zwischen West und Ost, die Abhängigkeit des Ostens vom Westen prägte die Umstrukturierung des Wissenschaftssystems wie die Wiedervereinigung insgesamt. Kognitiv, institutionell und personell wirkte sich die Asymmetrie aus, auf den Prozess wie auf seine Ergebnisse. Viele der Spannungen, Verletzungen und Verluste, die rückblickend Kritik hervorrufen, resultierten aus diesem Zusammenhang. Manche sprechen von der „Kolonisierung“ des Ostens durch den Westen. Aber in der Diskussion wurde ebenfalls sehr deutlich, und ich möchte das

aus persönlicher Erinnerung unterstreichen, dass diese Umstrukturierung nach westlichem Vorbild und unter westlicher Regie von vielen im Osten – insbesondere wenn sie unter dem System bis dahin gelitten oder Schaden erfahren hatten – entschieden gewollt und begrüßt wurde. Der Prozess der wissenschaftlichen Wiedervereinigung wurde von tiefen und heftigen Ost-Ost-Konflikten begleitet und beeinflusst. Nach vierzig Jahren Diktatur wird sich niemand darüber wundern, dass es innerhalb des Wissenschaftssystems wie überhaupt innerhalb der Gesellschaft der zu Ende gehenden DDR tiefe Gräben und harte Konfliktlinien gab, die sofort deutlich zutage traten und etwa Entlassungs- und Rekrutierungsentscheidungen in bezug auf wissenschaftliche Positionen kräftig beeinflusst haben.

6. Die langfristigen Folgen der damaligen Umstrukturierung waren ambivalent. Einerseits absorbierte die Wiedervereinigung Energien, die damit für an sich notwendige Reformen des Gesamtsystems nicht zur Verfügung standen. Diese Reformen wurden dadurch verzögert, so etwa in den späten 80er Jahren in Gang kommende, aber 1989/90 sistierte Bestrebungen, die Spielräume zu Eigeninitiativen der Universitäten auszuweiten. Andererseits hat manches an der Umstrukturierung der Wissenschaften im Osten Anfang der 90er Jahre beispielhaft gewirkt und spätere Reformen des Gesamtsystems angestoßen oder doch beschleunigt. Genannt wurden die bald gesamtdeutsch üblich werdenden institutionellen Evaluationen und die Konsolidierung der Leibniz-Gemeinschaft in Nachfolge der „Blauen Liste“.

Soweit zu einigen Ergebnissen jenes Symposiums, durchaus subjektiv zusammengefasst aus meiner Sicht. Es handelt sich um ein Stück Zeitgeschichte, dessen Bild noch sehr stark von den unterschiedlichen, ja divergenten Erinnerungen der Zeitzeugen bestimmt wird. Johann Gustav Droysen, einer der Gründerväter der deutschen Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert, sah die jüngste Zeitgeschichte nicht als voll gültigen Teil der Geschichtswissenschaft, weil, so seine Begründung, man die Folgen noch nicht übersehen könne, deren Kenntnis aber zur angemessenen historischen Einschätzung dazugehöre. Das wird man in Rechnung stellen müssen, das Bild von jenem Umbruch vor zwanzig Jahren wird sich schrittweise weiterhin ändern und klären. Doch so lange können und dürfen wir unsere Diskussionen darüber nicht aufschieben. Denn was damals geschah, wirkt weiter und prägt unsere Erinnerungen und unsere Existenz als Wissenschaftler weiterhin mit. Nach den Regeln der Wissenschaft darüber zu sprechen, ist ein wichtiger Weg, um damit ins Reine zu kommen.